Dieser Dokument ist Kunstrecht GmbH (DE 300000000)
Für Mirella Lambertsen, 17.02.2026 - Dokumente vom 18.07.2026 23:12 unter https://www.faz.net/pro/d-sso

ANGRIFF AUF DIE OBEREN 10 PROZENT

Oliver Coste will an den Kündigungsschutz für Gutverdiener

Von Patrick Bernau 01.02.2026, 19:23 Lesezeit: 4 Min.

Ein Unternehmer glaubt: Ein simples Gesetz kann Europas Wirtschaft retten. Es geht um den Kündigungsschutz für Spitzenverdiener. Oliver Coste will ihn lockern, und zwar für die zehn Prozent mit den höchsten Gehältern.

KI Zusammenfassung Anhören Merken Teilen Drucken

Wahrscheinlich könnte Oliver Coste jetzt in New York sitzen und einen vorgezogenen Ruhestand genießen. Er könnte die Bücher lesen, die ihn so interessieren. Er könnte Zeit mit seinen Kindern verbringen, gelegentlich ein Unternehmen beraten. Stattdessen tourt er durch gesichtslose Bürogebäude in Europa, auf eigene Kosten, wie er sagt. Er klopft an die Türen von Wissenschaftlern und Denkfabriken, von Journalisten und Staatssekretären, er lässt sich von einem dem Nächsten vorstellen – und alles mit einem Ziel: eine kleine Gesetzesänderung anzuregen. Coste glaubt, dass die ganze Zukunft von Europas Wirtschaft an diesem einen Gesetz hängt. Einig sind sich alle, die ihn treffen: Wenn man sagt „Der Mann hat eine Mission“, dann ist das weit untertrieben.

Allmählich sickert seine Idee in Europa ein. Die französische Akademie für Politikwissenschaften verleiht ihm einen Preis. Die deutschen Wirtschaftsweisen zitieren ihn in einem Gutachten. Coste schreibt einen Beitrag in der Zeitschrift des Ifo-Instituts und einen in der „Financial Times“. Die „Wirtschaftswoche“ berichtet über seine Idee, französische Medien stimmen ein, die F.A.S. hat sie schon 2024 thematisiert. Wenn die Europäische Zentralbank zu ihrem Forum nach Sintra einlädt, dann geht seine Idee auch dort in einen Vortrag ein. Coste trifft einen CDU-Staatssekretär im Digitalministerium, der ehemalige SPD-Finanzminister Kukies schreibt über seine Idee. Jetzt wollen Wirtschaftsministerin Reiche und CDU-Generalsekretär Linnemann die Idee ins Programm der CDU aufnehmen.

Dieser Text stammt aus der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.

F.A.S. jetzt lesen

Worum geht es? Um den Kündigungsschutz für Spitzenverdiener. Coste will ihn lockern, und zwar für die zehn Prozent mit den höchsten Gehältern. In Deutschland wären das mehr als 90.000 Euro im Jahr, die CDU zieht die Grenze eher bei 100.000 Euro. Wenn Firmen diesen Spitzenverdienern leichter kündigen könnten, dann verspricht Coste mehr Innovation, mehr Investitionen, mehr Wohlstand. Die Wirtschaftsleistung könnte in einigen Jahren um 20 Prozent steigen. Die Staatskassen nähmen jährlich 400 Milliarden Euro mehr ein. So ließen sich Rente und Krankenversicherung besser finanzieren. Die Einkommen von Arm und Reich könnten sich auch angleichen.

Es geht auch darum, wer Karriere macht

Es wären spektakuläre Folgen einer sehr simplen Reform. Doch er ist überzeugt davon, weil er in den meisten europäischen Staaten ein großes Problem sieht: Für große Unternehmen sei es zu teuer, mit einer Geschäftsidee zu scheitern. „Vor 15 Jahren hat Nvidia Milliarden investiert unter hohem Risiko.“ Die damals entwickelten, für Künstliche Intelligenz geeigneten Chips seien die Voraussetzung gewesen, dass ChatGPT entwickelt werden konnte. Aber nicht jede mutige Investition geht auf. Die meisten misslingen.

Und was passiert dann? Gemeinsam mit dem Ökonomen Yann Coatanlem hat Coste Geschäftsberichte gewälzt und nachgerechnet. Ihr Ergebnis: In den USA kostet die Abwicklung einer Geschäftseinheit durchschnittlich sieben Monatsgehälter in Abfindungen und anderen Sozialleistungen. In Deutschland sind es 31 Monatsgehälter. „Als Meta den Erfolg von ChatGPT sah, haben sie ein Viertel ihrer Mitarbeiter entlassen. Sie brauchten drei Wochen für die Entscheidung, drei Monate für die Verwirklichung.

SAP ist immer noch dabei, das wird wahrscheinlich bis 2027 gehen, und so lange können sie auch nicht so einfach neue Leute einstellen.“ Costes Folgerung: „Wir haben keinen Champion in der Künstlichen Intelligenz, weil niemand diese Kehrtwende machen könnte, die Microsoft und Meta und Google gemacht haben.“

Das Ganze hat noch mehr Folgen, glaubt Coste. In Europa machten sicherheitsbewusste Manager Karriere – in den USA eher diejenigen, die mal eine neue Idee ausprobieren. Wenn EU-Konzerne Start-ups aufkauften, dann müssten sie die Kosten eines möglichen Scheiterns mitrechnen. Also zahlten sie weniger. Darum würden viele europäische Start-ups in die USA verkauft, aber zu niedrigen Preisen. Also machten Investoren in Europa weniger Rendite – kein Wunder, dass Geld für junge Unternehmen fehle.

Dänemarks Flexicurity bringt mehr Wachstum

Zwei Länder in Europa gehen mit Entlassungen anders um: die Schweiz und Dänemark. Dort sind Entlassungen leichter, die Betroffenen werden von der öffentlichen Arbeitslosenversicherung abgesichert. Deshalb hätten diese Staaten mehr innovative Unternehmen.

All diese Ideen kamen Coste in seiner Zeit als Manager und Unternehmer bei verschiedenen Technikunternehmen. Er begann in den Neunzigerjahren als Mitarbeiter der EU-Kommission, beriet dann den sozialistischen französischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin, bevor er zum Telekommunikationskonzern Alcatel ging und sich in den Zehnerjahren mit einem Videochat-Unternehmen für elektronische Händler selbständig machte, das von Microsoft einen Preis bekam, aber heute nicht mehr besteht.

Es gibt auch Kritiker

Seine These hat auch Kritiker. „Die Lohnkosten in den USA und in der Schweiz sind um ein Vielfaches höher“, gibt der Mannheimer Ökonom Moritz Kuhn zu bedenken. Er hält manche von Costes Zahlen für zu sehr über den Daumen gepeilt. Deutschland sei für hoch qualifiziertes Personal ein Niedriglohnland – darum müsste Entwicklung in Deutschland eher billiger sein. Coste argumentiert, dass man dafür in Europa nur geringere Preise verlangen könne.

Auch Nicola Fuchs-Schündeln, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin, hat mit Coste gesprochen. „Er schreibt ja viele an und ist dann auf einem seiner Europa-Trips vorbeigekommen“, erzählt sie. Sie findet seine These plausibel. Schon länger sei sie der Ansicht, dass die Deutschen angesichts des aktuellen Strukturwandels zu selten die Stelle wechseln. Sie glaubt aber nicht, dass der Kündigungsschutz allein schuld ist. „Bestimmt spielen auch andere Faktoren eine Rolle, zum Beispiel der starre Wohnungsmarkt.“

MEHR ZUM THEMA

UNTERNEHMENSBERATER NICK STUDER
„Die schwierigste Lage, an die ich mich erinnere“

F+ RETTET DEN TEILZEIT-LIFESTYLE
Fünf Regeln für den frühen Feierabend

WELTHANDEL
Europas neue Nähe zu China

Costes These hat viele Anhänger und einige Skeptiker. Nur warum der Mann so eine Lobbytour macht, weiß niemand – nicht mal der Chef von Frankreichs Wirtschaftsförderung, der Coste einen Freund nennt. Coste selbst sagt: „Ich habe es satt, diesen Niedergang zu beobachten, wenn er doch aufgehalten werden kann.“

Dieses Dokument ist Eigentum Nr. 28 Nürnberg, ohne Gewähr
Das Recht, verändern, ist Ihnen nicht gestattet. Erstellt am 20.01.2026 15:12 von https://www.faz.net/aktuell/wi

Quelle: F.A.S. Artikelrechte erwerben

Patrick Bernau
Verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft und „Wert" der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.
Folgen

Zur Startseite

Kurse und Finanzdaten zum Artikel: Facebook-Aktie

Schlagworte: Europa Kündigungsschutz CDU Deutschland ChatGPT USA Alle Themen

EMPFEHLUNGEN

F+ CLOUD-AUSBAU KONKRETISIERT

Oracle-Aktionäre sollen Milliardenpläne mitfinanzieren

Der Softwarekonzern Oracle will den Ausbau der Cloud mit Schulden und Eigenkapital finanzieren. Das beruhigt die Kreditgeber – ärgert aber die Anteilseigner. Für Unruhe sorgt Oracles Wette auf den Großkunden Open AI.

Sarah Speicher-Utsch

F+ NEUE ETF-STRATEGIE

Soll ich meinen MSCI World verkaufen?

Krisen, Kriege und das drohende Ende der Weltordnung: Viele Anleger fürchten um ihr Erspartes. Wer nur in den MSCI World investiert, riskiert eine gefährliche Abhängigkeit.

Sarah Speicher-Utsch

SOZIALSTAATSREFORMEN

Deutschland braucht eine Agenda 2030

Das Arbeitsrecht sollte den Beschäftigungschancen endlich wieder mehr Rechnung tragen. Auf Schröders Agenda 2010 muss die Agenda 2030 folgen. Dazu braucht es politischen Mut.

Gregor Thüsing

STELLENMARKT

Frankfurter Allgemeine
STELLENMARKT

Geschäftsführer - Verbandsorganisation Sozialwesen / Gesundheit (m/w/d)
über Curatys International

Zum Stellenmarkt

Frankfurter Allgemeine
STELLENMARKT

Administratives Vorstandsmitglied (m|w|d)
Deutsche Zentrum für neurodegenerative Erkrankungen e.V. (DZNE) über Kienbaum Consultants International GmbH

Zum Stellenmarkt

Frankfurter Allgem
STELLENMA

Leiter Direkte Immob (m|w|d)
Baden-Württembergische Versc
Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte (
Kienbaum Consultants Internat

Zum Stellenmarkt

VERLAGSANGEBOT

F.A.Z. NEWSLETTER WIRTSCHAFT
WERKTAGS UM 15.00 UHR
Die wichtigsten Wirtschaftsthemen im Überblick. Dazu Hintergründe und Bewertungen sowie Aktuelles von den Finanzmärkten.
Abonnieren Vorschau

WEITERE THEMEN

Lufthansa-Streik Streik Post-Streik Peter Thiel Lissabon ICE Ola Källenius Reuters Spanien Jerome Powell Deutschland Europa Gewerkschaften Hamburg Schweiz Verdi ChatGPT Elon Musk Instagram OpenAI

VERLAGSANGEBOT

Mährobotер-Test
Immobilien in Frankfurt
Staubsauger-Test
Jobs in Frankfurt
Poolroboter-Test
Bücher Persönlichkeitsentwicklung
Höhenverstellbarer Schreibtisch
Besten Kartenspiele

SERVICES

Gesünder kochen | Finanz-Services | Wetter | Spiele | TV-Programm | Veranstaltungen

Frankfurter Allgemeine

Kontakt
Cookie-Manager
Mediadaten
Jobs bei der F.A.Z.
Barrierefreiheitserklärung
Vertrauen

Datenschutz
Werbefrei lesen
Über die F.A.Z.
Presse
Hilfe

Nutzungsbedingungen
Einwilligung widerrufen
Abo kündigen
Redaktion
Impressum

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2026
Alle Rechte vorbehalten.